

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuß**

41. Sitzung  
am Mittwoch, dem 14. Januar 1998, 9:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Renate Gröpel (SPD)

Peter Zahn (SPD)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Bernd Saxe (SPD)

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Justizministers über die Entweichung eines Strafgefangenen am 17. Dezember 1997 in der Lübecker Innenstadt</b>	<b>4</b>
<b>2. Bericht des Justizministers über den Suizid eines Strafgefangenen am 1. Januar 1998 in der JVA Lübeck</b>	<b>7</b>
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>8</b>

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Justizministers über die Entweichung eines Strafgefangenen  
am 17. Dezember 1997 in der Lübecker Innenstadt**

M Walter gibt den aus der Anlage ersichtlichen Bericht ab (Umdruck 14/1459)

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion stehen die Themen Verantwortung für das Entweichen des Strafgefangenen, landesweit geltende Standards für Festlegungen von Sicherungsmaßnahmen für Ausführungen sowie Auswahl und Weiterbildung des Begleitpersonals.

Die Vertreter der Fraktion der CDU thematisieren die politische Verantwortung für die in der letzten Zeit gehäuft auftretenden Vorkommnisse in der JVA Lübeck. - M Walter weist darauf hin, daß er eine mögliche Verantwortung keineswegs abschiebe. Es liege allerdings auch im Bereich seiner Verantwortung, in einem konkreten Einzelfall dem möglichen fehlerhaften Verhalten von Bediensteten nachzugehen. - Abg. Füllner betont, zu berücksichtigen seien in diesem Zusammenhang die gravierenden unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Justizvollzugsanstalten im Lande. Die Massierung der Vorfälle in Lübeck halte er vor diesem Hintergrund nicht für einen Zufall.

Zum Thema landesweiter Kriterienkatalog für Ausführungen begrüßen die Vertreter der Fraktion der CDU die Einführung eines solchen Katalogs und stellen die Frage in den Raum, warum es bisher keinen derartigen Katalog gegeben habe. - M Walter verweist nachdrücklich darauf, daß es sich bei Ausführungen nach wie vor um Ermessensentscheidungen handele und der aufgestellte Kriterienkatalog lediglich eine zusätzliche schriftliche Eingruppierungshilfe für diese Ermessensentscheidung sei.

Im folgenden geht M Walter auf Fragen des Abg. Geißler ein und legt dar, bisher hätten Fachleute den Einsatz von Hand-Fuß-Fesseln bei Ausführungen für nicht notwendig gehalten. Trotz der von Fachleuten vertretenen Bedenken spreche er sich dafür aus, den Einsatz derartiger Fesseln zu erproben. - Es sei nicht davon auszugehen, daß das Begleitpersonal nicht

auf Ausführungen vorbereitet sei. Dessen ungeachtet halte er persönlich ein spezifisches Training für notwendig.

M Walter bestätigt auf eine Frage des Abg. Geißler, daß in dem berichteten Fall die Verwendung eines Dienstfahrzeuges schriftlich angeordnet gewesen sei.

Abg. Geißler gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Auswahl des Begleitpersonals "unter Berücksichtigung des Wunschs des Gefangenen" geschehen sei. - M Walter erläutert diese Formulierung dahin, daß es sich dabei um einen Beamten handele, der den Gefangenen kenne und seine möglichen Aktionen besser als andere Bedienstete einschätzen könne.

St Jöhnk sagt auf Bitte des Ausschusses zu, ihm eine Aufstellung über die Planstellen sowie deren Besetzung im Bereich der JVAs des Landes zuzuleiten.

Abg. Kubicki fordert die Landesregierung - auch vor dem Hintergrund der zahlenmäßigen Häufung von Vorfällen im Bereich der JVA Lübeck - auf, an den Zielen des Strafvollzugs festzuhalten und nicht dem Gedanken nahezutreten, daß Strafvollzug etwas mit Sicherungsverwahrung zu tun habe.

M Walter geht sodann auf eine Bemerkung des Abg. Kubicki ein und spricht sich dagegen aus, einen Zusammenhang zwischen einer möglichen Überlast von Justizvollzugsbediensteten und möglichen Mißachtungen von dienstlichen Anweisungen herzustellen.

Abg. Dr. Winking-Nikolay berichtet, nach der Entweichung des Strafgefangenen habe es in der JVA Lübeck eine Art "Sippenhaft" für andere Gefangene gegeben. So seien beispielsweise bereits genehmigte Ausgänge gestrichen worden. Sie möchte wissen, ob dies aufgrund einer Anordnung des Ministeriums geschehen sei. - M Walter antwortet, die Anstaltsleitung sei in der Tat mündlich aufgefordert worden, bis zur Realisierung der in dem Bericht erwähnten Konsequenzen auf die Ausführung von als gefährlich einzustufenden Strafgefangenen aus sozialen Gründen zu verzichten. Es habe keine Anordnung auf einen generellen Verzicht von Ausführungen gegeben.

RD Dr. Bublies sagt auf eine Frage der Abg. Dr. Winking-Nikolay zu, dem Ausschuß über die Maßnahmen im Rahmen der psychosozialen Betreuung zu berichten, die nach der Geiselnahme in Lübeck getroffen worden seien.

Abg. Böttcher spricht sich dagegen aus, aus diesem Einzelfall generelle Maßnahmen ableiten zu wollen.

Der Vorsitzende äußert seinen Eindruck, daß im Bereich des Strafvollzugs "permanent reagiert und nicht agiert" werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Justizministers über den Suizid eines Strafgefangenen am 1.  
Januar 1998 in der JVA Lübeck**

Der Ausschuß stellt diesen Tagesordnungspunkt zurück und legt als neuen Termin Mittwoch, den 28. Januar 1998, 13:00 Uhr, fest.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Als Termin für die Anhörung der Bewerber um das Amt des Präsidenten des Finanzgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht in Kiel legt der Ausschuß Mittwoch, den 25. Februar 1998, 10:00 Uhr, fest.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 10:15 Uhr.

gez. Heinz Maurus  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin